



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/1397521856691/Regierung-steigt-beim-Freihandel-auf-die-Bre...

Community Newsletter Mobil Radio Zeitung Über uns Sales anmelden Wetter Wien [Suchfeld]

International Inland Wirtschaft Web Sport Panorama Etat Kultur Wissenschaft Gesundheit Bildung Reisen Lifestyle Familie Unternehmen Finanzen & Börse Geld ATX Indizes Aktien Fonds Währungen Rohstoffe Zinsen Watchlist & Portfolio

### Regierung steigt beim Freihandel auf die Bremse

28. April 2014, 17:25



vergrößern 800x400 foto: apa/pfarrhofer

Der Geschäftsführer von Greenpeace, Alexander Egit, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Bundeskanzler Werner Faymann und Caritas-Präsident Michael Landau (v. li.) erläutern ihre Positionen zum Freihandelsabkommen mit den USA.

#### Faymann und Mitterlehner: Bevölkerung soll künftig genauer über Verhandlungen informiert werden

Wien - Solche Tage waren für die Regierung zuletzt selten. Aber am Montag gab es für die Großkoalitionäre ausnahmsweise von allen Seiten Lob. Caritas, die Umweltschützer von Global 2000 und Greenpeace, selbst die Globalisierungskritiker von Attac zollten der Regierung Respekt für ihr Versprechen, die NGOs in die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen künftig stärker einzubinden.

Kanzler Werner Faymann (SPÖ) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) sagten die verstärkten Konsultationen mit den NGOs nach einem Treffen mit Vertretern von Greenpeace und Caritas im Bundeskanzleramt zu. Die Regierungsvertreter kündigten auch an, auf die Einwände der Freihandelskeptiker verstärkt Rücksicht nehmen zu wollen.

Die EU und die USA möchten mit dem Abkommen Handelshemmnisse abbauen. Da Zölle nur mehr eine geringe Rolle spielen, geht es dabei vor allem um die Vereinfachung von Zulassungsverfahren für Produkte. Die Bandbreite dabei reicht von Lebensmitteln, über Autos bis hin zu Medikamenten. Umwelt- und Konsumentenschützer fürchten eine Ausbeulung der Standards in Europa.

Gefürchtet ist vor allem eine schleichende Aufweichung. Die EU-Kommission will im Zuge des Abkommens eine gemeinsame Behörde einrichten, den Regulatory Cooperation Council. Laut EU-Handelskommissar Karel De Gucht soll der Council für eine schnellere gegenseitige Produktzulassung sorgen. Kritiker orten darin ein schleichendes Verfahren, mit dem geltende Regeln in Europa, etwa bei Lebensmitteln, gelockert werden könnten. Viele halten diese Angst für übertrieben, weil De Gucht dem Council nach eigenen Angaben nur beratende Funktion zugestehen will.

So oder so stellten Faymann und Mitterlehner klar, dass der Konsumentenschutz nicht aufgeweicht werden dürfe. "Niemand will Chlorhühner in den Regalen haben", sagte Mitterlehner.

Auch bei einem anderen Punkt gingen die beiden Regierungsvertreter auf Kritiker ein. Die EU und die USA wollen künftig Investorenklagen gegen staatliche Eingriffe bei Schiedsgerichten ermöglichen. Bei Attac und Co sieht man darin einen undemokratischen Eingriff - ein kleiner Kreis an eingeschworenen Juristen dominiere die intransparenten internationalen Schiedsgerichte. Grundprinzipien eines fairen Verfahrens würden bei den Tribunalen verletzt.

Während Kanzler Faymann bereits länger betont, er sehe für die Schiedsgerichte keine Notwendigkeit, weil das Rechtssystem in Europa und den USA stark genug sei, hat Mitterlehner den Investorenschutz bisher verteidigt. Am Montag schränkte er ein, dass die Streitbeilegung ja nicht unbedingt vor einem Schiedsgericht erfolgen müsste. Greenpeace hat dazu passend die Einrichtung eines ständigen Gerichtshofes für Handelsstreitigkeiten vorgeschlagen.

Einig waren sich Regierung und NGOs in einem weiteren Punkt: Laut De Gucht ist unklar, ob die nationalen Parlamente über das Abkommen abstimmen müssen. Es könnte auch

#### STREIT UM TTIP-ABKOMMEN

Experte: "In den USA essen wir diese Lebensmittel auch" [619]



Rolf Langhammer hält in der aufgeheizten Debatte um Chlorhuhn und Co eine gegenseitige Anerkennung der Standards für einen Ausweg

#### FREIHANDEL

Kommt ein Chlorhuhn geflogen [1011]



Die Österreicher sind skeptisch, was US-Lebensmittel anbelangt. Dabei ist ihnen etwa das Chlorhuhn gar nicht so unvertraut

Regierung steigt beim Freihandel auf die Bremse [9]

#### FREIHANDELSABKOMMEN

TTIP: Faymann gegen Sonderklagsrechte [63]



Bundeskanzler: "Derzeit keine Notwendigkeit für Schlichtungsstelle" - Spindelegger legt sich nicht fest

#### SCHIEDSGERICHTE

Wenn Konzerne ihre Grundrechte einfordern [29]

Österreichs teilstaatliche Unternehmen rufen besonders gern Schiedsgerichte zu Hilfe

#### TTIP-DISKUSSION

Trojanisches Pferd gegen den Freihandel [182]

Schiedsverfahren könnte man doch im Internet streamen, schlug ein Anwalt bei einer Diskussion vor. An der Skepsis von NGOs änderte das nichts

#### TTIP

Freihandelsabkommen: Deutsche skeptisch [88]



Eine neue Umfrage zeigt das Misstrauen, das die deutsche Bevölkerung gegen das Freihandelsabkommen mit den USA hegt

#### SCHIEDSGERICHTE

Jurist: "Früher führte das zu Krieg" [473]



Immer öfter verklagen Konzerne Staaten vor internationalen Schiedsgerichten. Einer der Richter in diesen Verfahren ist der Österreicher Christoph Schreuer

#### VERHANDLUNGEN

Freihandel gegen den Bedeutungsschwund [764]



Das Abkommen soll die Rolle der EU in der Weltwirtschaft zementieren. Die Krim-Krise gibt den Befürwortern des Abkommens plötzlich Auftrieb

#### VERTRÄGE

Warum Freihandel zum Wahlkampfrit werden könnte [24]

#### HANDELSVERTRÄGE

US-Widerstand gegen den Freihandel [23]

Gewerkschaften übten erfolgreich Druck auf Demokraten aus

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/1397521856691/Regierung-steigt-beim-Freihandel-auf-die-Bre...

sein, dass ein Beschluss des EU-Parlaments und der Regierungen im Rat genügt. Faymann kündigte an, darauf zu pochen, dass das österreichische Parlament den Vertrag letztlich absegnen müsse. (szi, DER STANDARD, 29.4.2014)



Feedback  

derStandard.at auf Facebook

Wirtschaft Newsletter abonnieren

9 Postings

Sissi Bussi + 0 1 28.4.2014, 23:57 melden permalink antworten

Hier ist die Website von dem NGO Bündnis: http://ttipstoppen.wordpress.com/

Jowanni + 2 0 2 28.4.2014, 19:59 melden permalink antworten

naja, wers glaubt noch vor kurzem haben sie im euparlament dafür gestimmt (die verhandlungen weiter zu führen).

Amalthea + 1 2 4 0 28.4.2014, 19:15 melden permalink antworten

ein GH fuer Handelsstreitigkeiten waere natuerlich ebenfalls fein. Wichtig ist, dasz die nat. Gesetzgeber endlich verschwinden

Malaclypse der Jüngste + 0 8 28.4.2014, 19:09 melden permalink antworten

Die EU will... Als EU-Bürger fühle ich mich als Teil der EU. Und ich will nicht.

pox vobiscum + 55 28.4.2014, 16:41 melden permalink antworten

Keiner will Chlorhühner aber importieren wird man sie wohl noch dürfen, oder was? Ein internationaler Gerichtshof für Handels- und Vertragsstreitigkeiten ist allerdings eine gute Idee, die undurchsichtigen Tribunale sind ein unkontrollierbares Gräuuel.

Amalthea + 1 2 3 0 28.4.2014, 19:17 melden permalink antworten

?? ist dasselbe in Gruen. Eine Art Suprime Court, wie der EuGH auch. Wichtig bleibt, dasz sie nicht von einem positivistischen Gesetzgeber gefesselt werden. Chancen stehen aber nicht schlecht. EuGH funktioniert ja auch sehr gut

, denn ich bin nur ein Lobbyist! + 2 0 8 28.4.2014, 14:24 melden permalink antworten

Regierung steigt beim Freihandel auf die Bremse nicht ganz uneigennützig, denn sonst werden Eure Jobs auch bald dahin sein, liebe Politiker!

pox vobiscum + 55 0 6 28.4.2014, 16:42 melden permalink antworten

Hoffentlich steigen sie wirklich auf die Bremse und reden nicht nur windelweich herum.

7d8e2d0c-23d9-47ab-a458-0babfced75... + 4 0 1 29.4.2014, 01:59 melden permalink antworten

Bei der Finanztransaktionssteuer haben sie uns ja ordentlich verar\$cht. Statt die HYPO und Raiffeisen besteuern wir heute Bildung und IT-Infrastruktur.

Denen glaube ich kein Wort solange die Transaktionssteuer nicht umgesetzt ist.

Die Kommentare von Usern und Userinnen geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen (siehe ausführliche Forenregeln), zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die derStandard.at GmbH vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.



Thema: attac,

URL: <http://derstandard.at/1397521856691/Regierung-steigt-beim-Freihandel-auf-die-Bre...>

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.  
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

[Datenschutzrichtlinie](#)

[derStandard.at](#) · [dieStandard.at](#) · [daStandard.at](#) · [derStandardDigital.at](#) · [FINDEN.at](#) · [AUTOGOTT.AT](#)